

P r o t o k o l l

der Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Liegenschaftsausschusses am 15. November 2012 im Bürgerschaftssaal des Rathauses

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:20 Uhr

Anwesenheit

Herr Braun
Frau Bruns
Herr Dr. Bartels i. V. für Frau Görs
Frau Hildebrandt i. V. für Herrn Dr. Fassbinder
Herr Dr. Stegemann
Herr Kolbe
Herr Liskow, F.-R.
Herr Mundt
Frau Socher
Herr Littmann
Herr Noack
Herr Wulff i. V. für Herrn Bleckmann

Verwaltung

Herr Wille	Frau Freisleben	Herr Schult
Herr Lade	Herr Nickel	Frau Dr. Brüß
Frau Winkler	Herr Wixforth	
Frau Berthold	Frau Dr. Lehmann	
Frau Baer	Herr Kaiser	
Frau Trense	Herr Kremer	

Gäste

OZ - Frau Hase
Abwasserwerk - Herr Lorke

Tagesordnung:

1. Sitzungseröffnung
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Informationen zum Stand Stadthaus
5. Diskussion der Informationsvorlage
- 5.1. Konzept für öffentliche WC-Anlagen in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald 05/894
Dez. I, Amt 20
6. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 6.1. Neuabschlüsse Konzessionsverträge - Gas, Strom, Fernwärme, Wasser 05/906
Dez. II, Amt 66
- 6.2. Abschluss eines Erschließungsvertrages B.-Plan 110 05/895
Dez. II, Amt 60
- 6.3. 1. Änderungssatzung zur Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Erhebung von Beiträgen für den Bau von Straßen, Wegen und Plätzen 05/908
- Straßenbaubeitragssatzung
Dez. II, Amt 60
- 6.4. Herstellung der Erschließungsanlage Straße "An den Gewächshäusern"- Abzweig zum Einkaufszentrum "Elisenpark" 05/911
Dez. II, Amt 60
- 6.5. Ausbau der Straße "An den Gewächshäusern" und Abschnittsbildung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenausbaumaßnahme nach Straßenbaubeitragssatzung 05/912
Dez. II, Amt 60
- 6.6. Änderung des Beschlusses Nr. B 377-19/11 vom 26.09.2011 zum Bau der Erschließungsanlage - Verlängerung der Straße "An den Gewächshäusern" - und die Abrechnung der Erschließungsmaßnahme nach der Erschließungsbeitragssatzung 05/913
Dez. II, Amt 60

- | | | |
|------|---|--------|
| 6.7. | Wechsel des städtischen Strombezugs auf
Ökostromprodukt der Stadtwerke Greifswald
GmbH
<i>Bündnis 90/Die Grünen</i> | 05/920 |
| 6.8. | Städtische Aufträge an Mindestlohn binden
<i>Bündnis 90/Die Grünen</i> | 05/922 |
| 6.9. | Konzept für eine Veranstaltungsreihe
anlässlich des 80. Jahrestages der
Bücherverbrennung
<i>Die Linke</i> | 05/929 |
| 6.10 | Umsetzungslisten Sanierung nach Bewilligung
der Programme 2012
<i>Dez. II, Amt 60</i> | 05/909 |
| 6.11 | Feststellung der Eröffnungsbilanz zum
01.01.2012 der Universitäts- und Hansestadt
Greifswald
<i>Dez. I, Amt 20</i> | 05/848 |
| 6.12 | Schaffung eines Kommunalen
Ordnungsdienstes
<i>Dez. III, Amt 32</i> | 05/931 |
| 6.13 | Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes
Abwasserwerk Greifswald
<i>Dez. I/Abwasserwerk</i> | 05/932 |
| 6.14 | Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes
See- und Tauchsportzentrum
<i>OB, STZ</i> | 05/933 |
| 6.15 | Aufnahme eines Investitionskredites zur
allgemeinen Deckung
<i>Dez. I, Amt 20</i> | 05/934 |
| 6.16 | Haushaltssatzung der Universitäts- und
Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr
2013
1. Lesung
<i>Dez. I, Amt 20</i> | 05/924 |
| 7. | Bestätigung des Protokolls vom 27.08.2012 | |
| 8. | Bestätigung des Protokolls vom 08.10.2012 | |
| 9. | Information der Verwaltung | |
| 10. | Fragen, Vorschläge und Anregungen der
Ausschussmitglieder | |
| 11. | Informationen des Ausschussvorsitzenden | |

12. Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1. *Sitzungseröffnung*

Herr Mundt eröffnet die Ausschusssitzung mit 9 stimmberechtigten Mitgliedern.

Zu TOP: 2. *Bestätigung der Tagesordnung*

Da Herr Wille auch zum Rechnungsprüfungsausschuss geladen ist, wird vom Ausschussvorsitzenden vorgeschlagen, den Punkt 5 nach hinten zu verschieben.

Der Punkt 6.11 „Feststellung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2012 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ wird von der Tagesordnung genommen. Ebenfalls zurückgezogen wird der Punkt 6.15 „Aufnahme eines Investitionskredites zur allgemeinen Deckung“. Da der Tagesordnungspunkt 6.9 „Konzept für eine Veranstaltungsreihe anlässlich des 80. Jahrestages der Bücherverbrennung“ nicht im Finanzausschuss behandelt werden muss, wird dieser Punkt auch von der Tagesordnung genommen.

Mit diesen Änderungen wird über die Tagesordnung abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen (zwei Mitglieder sind hinzugekommen)

Zu TOP: 3. *Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner*

keine

Zu TOP: 4. *Informationen zum Stand Stadthaus*

Herr Kremer informiert zum Leistungsstand, dass beim Neubau in der Rakower Straße bereits das 2. Geschoss, im Innenhof die 1. Ebene und in der Fleischerstraße die 4. Ebene errichtet wird. Probleme gab es bei den Fenstern im Neu- und Altbau. Dadurch sind Verzögerungen im Neubau von 5 Wochen aufgetreten. Bei den Ausschreibungen der Fenster im Neubau gab es keine Angebote. Das gesamte Leistungsverzeichnis wird überarbeitet. Es sollen jetzt neue Fenster in historischer Fassung angefertigt werden. Absprachen mit der Denkmalpflege stehen noch aus. Von der Variante, die alten aufgearbeiteten Fenster wieder einzusetzen, ist man abgegangen.

Es wurde bisher ein Auftragsvolumen von ca. 5.100.000 EUR ausgeschrieben und vergeben. Davon sind 54 % trotz europaweiter Ausschreibung an Greifswalder Firmen gegangen.

Es gibt für das gesamte Projekt keine Budgetüberschreitung. Der

Kostenrahmen liegt weiterhin mit 64.400 EUR unter dem Budgetrahmen.

Zu TOP: 5. Diskussion der Informationsvorlage

Zu TOP: 5.1. Konzept für öffentliche WC-Anlagen in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Frau Freisleben erläutert die Vorlage. Der Auftrag beinhaltet die Erarbeitung eines Konzeptes für öffentliche Toiletten, inklusive einer Bestands- und Bedarfsanalyse.

Fazit des Konzeptes:

- es wird die Errichtung einer weiteren WC-Anlage aus Kostengründen nicht empfohlen, da vorhandene Toiletten nicht ausgelastet und nur durch Bezuschussung tragfähig sind,
- bessere Beschilderung der öffentlichen WC-Anagen,
- Routenänderungen bei den Reisebussen, statt Nexö-Platz Loeffler- bzw. Rakower Straße anfahren.

Die Ausschussmitglieder können nicht nachvollziehen, dass die vorhandenen Toiletten ausreichend sein sollen, auch kann eine geänderte Routenführung der Reisebusse keine Lösung sein.

Zu TOP: 6. Diskussion von Beschlussvorlagen

Zu TOP: 6.1. Neuabschlüsse Konzessionsverträge - Gas, Strom, Fernwärme, Wasser

Herr Wixforth erklärt, dass mit dieser Vorlage vier Konzessionsverträge neu abgeschlossen werden sollen. Die vorhandenen Konzessionsverträge laufen in den nächsten Monaten aus. Die neuen Verträge sind zur Regelung der Nutzung öffentlicher Verkehrswege und Plätze notwendig. Als Gegenleistung dafür gibt es entsprechende Konzessionsabgaben. Die Verträge sollen für die nächsten 20 Jahre (gesetzlich vorgeschriebene Höchstdauer) abgeschlossen werden.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

Zu TOP: 6.2. Abschluss eines Erschließungsvertrages B.-Plan 110

Nach Einbau des Regensammlers Süd möchte der Investor zügig mit den Straßenbaumaßnahmen beginnen. Grundlage dafür ist der Abschluss eines Erschließungsvertrages, damit die Stadt nicht in finanzielle Vorleistung gehen muss und die Anlage nach Errichtung übernehmen kann.

Auf Nachfrage erklärt Herr Kaiser, dass die vorhandenen Einsprüche/Anregungen ggf. eingearbeitet werden sollen. Der Satzungsbeschluss wäre dann der Startpunkt für den Beginn der Erschließungsmaßnahmen (2013).

Herr Dr. Bartels informiert, dass es einen Einspruch zu den Baumaßnahmen des Regensammlers Süd gibt, der von der Umweltbehörde abgelehnt wurde. Falls es zu einer Klage kommt, wird es weitere Verzögerungen geben.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen

Zu TOP: 6.3. *1. Änderungssatzung zur Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Erhebung von Beiträgen für den Bau von Straßen, Wegen und Plätzen*
- Straßenbaubeitragssatzung

Frau Dr. Lehmann erklärt, dass die Straßenausbaubeitragssatzung (wurde im Juni 2012 beschlossen) benötigt wird, um Straßenbaubeiträge erheben so können. Da in der Satzung der Rückwirkungszeitraum zu kurz gewählt war, wird jetzt die Änderungssatzung eingebracht, die eine Rückwirkung bis zum 01.01.2008 vorsieht. Das ist der Zeitpunkt, bis zu dem rückwirkend Abgaben erhoben werden können.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Stegemann zur Notwendigkeit der Rückwirkung erläutert Frau Dr. Lehmann, dass es noch Verfahren gibt, bei denen Abgaben erhoben werden könnten, wenn der Rückwirkungszeitraum verlängert wird.

Frau Bruns erläutert, dass sie moralische Probleme mit der Verlängerung der Rückwirkungsfrist hat und deshalb der Vorlage keine Zustimmung erteilen wird.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
2 Gegenstimmen
3 Stimmenthaltungen

Alle drei nachfolgenden Vorlagen werden zusammen abgefasst.

Die Baumaßnahme betrifft die Straße von der Koitenhäger Landstraße bis zum Real.

Vom Real gibt es die Zusage, 200.000 EUR beizusteuern, wobei dieses Geld für die Beleuchtung und den zweiten Gehweg verwendet werden soll.

Aufgrund des Verkehrsstromes soll Real beim Ausbau der Straße „An den Gewächshäusern“ verstärkt herangezogen werden. Mit der praktischen Umsetzung würde in diesem Bereich für die anliegenden

Grundstückseigentümer ein Anteil von ca. 100.000 EUR verbleiben.

Die Unterteilung in 3 Abschnitte resultiert aus der Entstehung der Straße. Für jeden Abschnitt gibt es jeweils einen Beschlussvorschlag, weil der Ausbau dann auch unterschiedlich in den einzelnen Abschnitten erfolgen wird.

Auf Nachfrage, inwiefern bezgl. Kosten mit der Post gesprochen wurde, informiert Herr Kaiser, dass nicht nur die Post, sondern auch die anderen Anlieger (Eigentümer der ehemaligen Gewächshausanlage, Lidl etc.) mit herangezogen werden.

Herr Dr. Stegemann hinterfragt den erweiterten Ausbau (Abschnitt C). Hierzu erklärt Herr Kaiser, dass dieser mit der Entwicklung der angrenzenden Gebiete zu tun hat. Hier soll eine Ringerschließung erfolgen.

Herr Kolbe erinnert an eine mögliche Klage von Real. Frau Dr. Lehmann erklärt, dass Real nach diesen drei Beschlussvorlagen rechtssicher herangezogen werden würde. Für den Ausbaubereich würden sie auf freiwilliger Basis zahlen (Bereich zwischen dem Abzweig und der Koitenhäger Landstraße), insofern wären hier keine Ausfälle zu befürchten.

Über die einzelnen Vorlagen wird abgestimmt.

Zu TOP: 6.4. Herstellung der Erschließungsanlage Straße "An den Gewächshäusern"- Abzweig zum Einkaufszentrum "Elisenpark"

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen

Zu TOP: 6.5. Ausbau der Straße "An den Gewächshäusern" und Abschnittsbildung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenausbaumaßnahme nach Straßenbaubeitragssatzung

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen

Zu TOP: 6.6. Änderung des Beschlusses Nr. B 377-19/11 vom 26.09.2011 zum Bau der Erschließungsanlage - Verlängerung der Straße "An den Gewächshäusern" - und die Abrechnung der Erschließungsmaßnahme nach der Erschließungsbeitragssatzung

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen

Zu TOP: 6.7. Wechsel des städtischen Strombezugs auf Ökostromprodukt der Stadtwerke Greifswald GmbH

Es wird vorgeschlagen, so Frau Bruns, für neue Verträge sukzessive alle Verträge auf Ökostromprodukte umzustellen. Der Wechsel auf Ökostrom könnte der Stadt jährlich 30.000 EUR mehr kosten.

Herr Kremer gibt den Hinweis, dass, wenn Ökostrombezug gewollt wird, eine europaweite Ausschreibung erfolgen müsste. Das hätte dann ggf. auch zur Folge, dass die Stadtwerke nicht den Zuschlag bekämen. Des Weiteren bemerkt Herr Kremer, dass sich die Vorlage nur auf die städtischen Gebäude bezieht. Sinnvoll wäre es, dann auch die Straßenbeleuchtung zu integrieren. Das vergaberechtliche Problem sollte als Prüfauftrag an die Verwaltung gehen.

Frau Bruns sah bislang nicht dieses Problem, wurde auch bisher nicht - trotz kleiner Anfrage - darauf aufmerksam gemacht. Sie spricht sich für eine phasenweise Ausführung der neuen Objekte aus (Stadthaus, Kollwitz-Schule).

Für Herrn Noack ist aus der Vorlage keine phasenweise Einführung ersichtlich. Mehrkosten in Höhe von 30.000 EUR bedeuten wieder eine Baustelle mehr im Haushalt. Für einen soliden Haushalt kommt die Vorlage zu einem falschen Zeitpunkt.

Herr Dr. Bartels fordert in der Vorlage eine deutliche Darstellung der phasenweisen Ausführung.

Die Vorlage wird überarbeitet. Um ein Stimmungsbild zu bekommen, möchte Frau Bruns trotzdem die Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen
6 Gegenstimmen
2 Stimmenthaltungen

Zu TOP: 6.8. Städtische Aufträge an Mindestlohn binden

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlägt vor, bei der Vergabe von städtischen Aufträgen (Schwerpunkt Bau) an Unternehmen von diesen eine Selbstverpflichtungserklärung beibringen zu lassen, dass sie einen Mindestlohn von 8,50 EUR an ihre Mitarbeiter zahlen.

Herr Kaiser informiert, dass im Baugewerbe die Mindestlöhne wesentlich höher liegen, so dass diese Forderung nur im Dienstleistungssektor (Reinigung, Bewachung) greifen könnte.

Frau Dr. Lehmann gibt den Hinweis, dass im Juni der Gesetzgeber die Anpassung des Vergabegesetzes in Mecklenburg-Vorpommern vorgenommen hat. Diesen Weg sind auch andere Bundesländer gegangen. Die Gesetze müssen sich an europäischen Maßstäben messen lassen. Die Vergabegesetze könnten mit der Arbeitnehmerentsenderichtlinie und mit dem EU-Vertrag und der darin garantierten Dienstleistungsfreiheit im Widerspruch stehen. Vergabegesetze haben nur eine sektorale Wirkung, sie binden nur die öffentlichen Auftraggeber, während im Mindestlohngesetz vom Bundesgesetzgeber dies sowohl die privaten Arbeitgeber als auch

private Aufträge betreffen würde. Dazu gibt es zwar noch keine Entscheidungen, aber Bedenken.

Frau Bruns nimmt diese Hinweise mit in die Fraktion. Es erfolgt keine Abstimmung über die Vorlage.

Zu TOP: 6.9. *Konzept für eine Veranstaltungsreihe anlässlich des 80. Jahrestages der Bücherverbrennung*

Die Vorlage wurde von der Tagesordnung genommen.

Zu TOP: 6.10. *Umsetzungslisten Sanierung nach Bewilligung der Programme 2012*

Herr Kaiser erklärt, dass die Bewilligungen geringer ausgefallen sind, als beantragt wurde. Demzufolge kann auch nur das umgesetzt werden, was im Programm steht. Die praktische Umsetzung soll mit den Mitarbeitern der neuen Stabstelle erfolgen. Derzeitig arbeiten dort 2 Mitarbeiter, eine Stelle wird noch besetzt. Durch die Trennung von der BauBeCon ist es zur Verschiebung einzelner Maßnahmen gekommen. Herr Kaiser schlägt vor, Anfang des Jahres 2013, wenn die Stabstelle sich eingearbeitet hat, erneut zu berichten, welche Maßnahmen in 2013 tatsächlich umgesetzt werden können.

Auf Nachfrage erläutert Herr Kaiser, dass die Baumaßnahme Dom (sie ist als private Baumaßnahme zu betrachten) mit 800.000 EUR veranschlagt wurde. Somit verbleiben für andere private Maßnahmen noch 600.000 EUR.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

Zu TOP: 6.11. *Feststellung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2012 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*

Der Punkt wurde von der Tagesordnung genommen

Zu TOP: 6.12. *Schaffung eines Kommunalen Ordnungsdienstes*

Herr Kremer gibt bekannt, dass die Vorlage im Senat zurückgezogen wurde und im Zusammenhang mit dem Haushalt behandelt werden soll.

Zu TOP: 6.13. *Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes Abwasserwerk Greifswald*

Mit dieser Vorlage wird der Investitionsplan des Abwasserwerkes für 2013 vorgestellt, so Herr Lorke. Ein Großteil der Maßnahmen wurde in 2012 begonnen. Schwerpunkte bilden die Erneuerung der Schmutzwasserleitung im Gebiet der Obstbaumsiedlung mit dem

gleichzeitigen Neubau einer Regenwasserentwässerung, die Modernisierung des Maschinenparks des Klärwerkes und der Bau des Regenwassersammlers Süd. Hinzu kommen Maßnahmen, die einer ständigen Erneuerung bzw. Finanzierung unterliegen (z. B. Anschlüsse von Häusern an das Entsorgungssystem).

Bezüglich des Graben- und Kanalsystemkatasters erklärt Herr Lorke, dass diese Aufgabe dem Abwasserwerk bislang noch nicht übergeben wurde (bedarf auch eines Beschlusses der Bürgerschaft).

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

Zu TOP:
6.14.

Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes See- und Tauchsportzentrum

Herr Schult führt in die Vorlage ein. Der Wirtschaftsplan wurde mit einem Verlust von 289.000 EUR für das Jahr 2013 aufgestellt. Für nächstes Jahr ist eine Wertinstandsetzung erforderlich, außerdem muss die Takelage erneuert werden. Bei den geplanten Seetagen ist, wenn sie so durchgeführt werden, eine Umsatzerhöhung zu erwarten. Ab 2015 werden bei den zu verzeichnenden Verlusten die Rücklagen aufgebraucht sein.

Das STZ hat ein Strategiekonzept eingereicht (liegt dem OB und dem Beteiligungsmanagement vor), wonach man nach Alternativen entscheiden kann, wie es dann weitergehen könnte. Dieses Konzept soll im Januar/Februar 2013 dem Gremienlauf zugeführt werden.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

Zu TOP:
6.15.

Aufnahme eines Investitionskredites zur allgemeinen Deckung

Der Tagesordnungspunkt wurde zurückgezogen.

Zu TOP:
6.16.

Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2013

1. Lesung

Herr Wille spricht als erstes den Kollegen der Kämmerei seinen Dank für die geleistete Arbeit aus. Der vorgelegte Entwurf wird sicherlich noch „Ecken und Kanten“ haben, aber er ist soweit ausgereift, dass man darüber beschließen kann.

Im Ergebnishaushalt ist derzeit (es werden noch verwaltungsseitig Veränderungen vorgeschlagen) ein Fehlbetrag von 6,4 Mio. EUR vor Rücklagenentnahme zu verzeichnen.

Sorgen bereitet der Fehlbetrag im Finanzhaushalt, denn das ist Geld, was an Liquidität im Ergebnishaushalt fehlt.

Auf Grundlage der Investitionen wurde die Prioritätenliste erarbeitet. Diese basiert auf dem Sachstand von September 2012. Anhand des Investitionsprogramms soll jetzt die Fortschreibung erfolgen (wird als Excel-Tabelle zur Verfügung gestellt; im Haushalt ab Seite 73), allerdings erfolgt hier nicht die Einteilung nach Kategorien.

Die Haushalte für die städtebaulichen Sondervermögen befinden sich in Erarbeitung und werden zur Dezembersitzung vorgelegt. Eine Genehmigung des Innenministeriums für den Haushalt wird nur erteilt, wenn die Satzungen für das städtebauliche Sondervermögen vorliegen.

Weiterhin informiert Herr Wille, dass auch der Band II bereits verteilt wurde. Die Dinge, die dort noch fehlen, werden nachgereicht.

Herr Mundt erklärt, dass die Fragen der Fraktionen auf der Sondersitzung behandelt werden.

Frau Socher möchte die Erklärung, worauf das Defizit beruht.

Herr Wille erläutert, dass im Vergleich zu den Vorjahren bei den Abschreibungen eine genauere Kenntnislage vorliegt. Des Weiteren haben sich bestimmte Aufwendungen verändert (z. B. die Kreisumlage steigt um über 2 Mio. EUR – steht auch im Zusammenhang mit der gestiegenen Steuerkraft). Auch bei den Aufwandsarten gibt es Steigerungen, wie z. B. beim Personalaufwand. Herr Wille verweist auf den Vorbericht, wo die Entwicklung der wichtigsten Ertrags- und Aufwandsarten dargestellt ist.

Weiterhin informiert Herr Wille, dass im Haushaltsplan für 2013 deutlich höhere Kosten für Werterhaltungen eingestellt wurden (2011 2 Mio. EUR, 2013 3 Mio. EUR).

Dass es in den nächsten Jahren keinen ausgeglichenen Haushalt geben wird, ist abzusehen. Frau Socher möchte diesbezüglich wissen, welche einschneidenden Veränderungen erwartet werden.

Herr Wille erklärt, dass aus diesem Grund die Haushaltskonsolidierung vorgeschlagen wird.

Zum Stand des voraussichtlichen Ist's der Steuereinnahmen für 2012 und zur Prognose für 2013 und deren Auswirkung auf die Schlüsselzuweisungen befragt, antwortet Herr Wille, dass sich die erhöhten Steuereinnahmen des Landes auf die höheren Schlüsselzuweisungen auswirken werden. Im Jahr 2011 bekam die Stadt 22,5 Mio. EUR und 2012, bedingt durch die Kreisstrukturreform, ca. 13 Mio. EUR. Bei den laufenden Steuereinnahmen ist 2012 eine positive Steuerentwicklung zu verzeichnen ist; der Planansatz wird in jedem Fall erfüllt.

Die Frage zur Bezifferung der Mehreinnahmen aus den

Schlüsselzuweisungen aufgrund der höheren Steuereinnahmen des Landes in 2012 und dem Ansatz dazu im Haushaltsplan 2013 kann momentan wegen fehlender Information nicht beantwortet werden.

Im Vorbericht ist auf Seite 42 die Rede davon, 35 nicht besetzte Stellen in 2013 zu besetzen. Herr Dr. Bartels möchte wissen, ob die Kosten für die 35 Stellen in 2012 in den Veranschlagungen für die Personalkosten enthalten waren.

Zu den Stellen an sich kann Herr Wille keine Auskunft geben, aber er ist informiert, dass trotz erheblicher Tarifsteigerung in Verbindung mit den freien Stellen ca. 200.000 EUR vom Personalkostenbudget nicht benötigt werden.

Herr Mundt schließt diesen Tagesordnungspunkt ab. Alles Weitere wird hierzu in der Sondersitzung am 28.11.2012 beraten.

Zu TOP: 7. Bestätigung des Protokolls vom 27.08.2012

Es gibt keine Änderungswünsche.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
4 Stimmenthaltungen

Zu TOP: 8. Bestätigung des Protokolls vom 08.10.2012

Es gibt keine Änderungswünsche.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
4 Stimmenthaltungen

Zu TOP: 9. Information der Verwaltung

keine

Zu TOP: 10. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Die Tischvorlage „Abschluss einer Vereinbarung über den Verlustausgleich aus dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb durch die Nutzungsüberlassung des Kaisersaals in der Stadthalle“ wird auf Wunsch von Herrn Mundt durch Frau Dr. Brüß kurz eingebracht, aber letztendlich in der Sondersitzung behandelt.

Zu TOP: 11. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

Zu TOP: 12. Schluss der Sitzung

Die Sitzung endet um 19:20 Uhr.

Thomas Mundt

Ausschussvorsitzender

Birgit Rosolski

für das Protokoll